

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Prof. Dr. Hartmut Soell MdB erinnert an den 20. Todestag Fritz Erlers: Ein „Pathetiker der Praxis“.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB weist auf die Folgen der Änderung des Ladenschlußgesetzes hin: Trauriger Schlußpunkt eines Dauerbrenners.

Seite 3

Dr. Anke Martiny MdB nennt wichtige Gründe gegen die Einführung einer Fettsteuer: Dauerbrenner Fettsteuer macht erneut Ärger.

Seite 4

Helmut Wieczorek MdB kritisiert die öffentliche Investitionspolitik der Bundesregierung: Ein Trauerspiel mit gefährlichen Konsequenzen. (Teil II und Schluß)

Seite 5

42. Jahrgang / 36

20. Februar 1987

„Pathetiker der Praxis“ *)

Zum 20. Todestag von Fritz Erler

Von Prof. Dr. Hartmut Soell MdB

Erlers Beitrag zur Erneuerung der SPD auf dem Feld der Beziehung von Theorie und Praxis unterstreicht in besonderer Weise sein Streben nach einer Einheit von Denken und Tun. Der Schriftsteller Paul Schallück hat Erler einmal einen „Pathetiker der Praxis“ genannt. In der Tat ist seine Praxisorientierung, sein auf Verwirklichen ausgerichtetes Denken und Handeln augenfällig. Insbesondere hat er auf den sparsamen Umgang mit theoretischen Erwartungshorizonten geachtet. Nicht zuletzt die Erfahrungen seiner Partei in der Weimarer Republik, „wo wir eine revolutionäre Theorie und eine opportunistische Praxis hatten“ (Erler in einem Brief an O. Flechtheim 1962), hatten ihm bewußt gemacht, daß die nur teilweise Erfüllung hochgesteckter Erwartungen stets Verluste an Glaubwürdigkeit mit sich bringen konnten, die für eine Politik, die sich auf Zustimmung von Wählern gründete, verhängnisvoll waren. Diese Grundauffassung, ein zu weites Auseinanderdriften von Erwartung und Erfahrung, von Theorie und Praxis, zu vermeiden, war bei Erler von dem Ziel bestimmt, die SPD zu einer erfolgreichen politischen Praxis zu befähigen und sie aus ihrem bisher häufig gepflogenen Verhalten - theoretisch immer nur „Recht haben“, aber in der politischen Praxis nicht „Recht bekommen“ zu wollen - herauszuführen. Die Grundauffassung stand zugleich auch in direkter Beziehung zu seinem eigenen Theorie-Praxis-Verständnis, das er durch eine kritische, an der Wirklichkeit orientierte Verarbeitung der Lehren der marxistischen „Klassiker“ und durch die Diskussion in der SAJ, der Neu Beginn-Gruppe und mit den Leidens- und Hoffungsgefährten im KZ und Zuchthaus entwickelt hatte.

*) Der Beitrag ist bereits erschienen in: Walther L. Bernecker / Volker Dotterweich (Hg.): „Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland“, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Wiederum: Ungut
aus dem alten Rohmaterial
Recycling-Papier



Es wäre falsch zu behaupten, daß Eler den „Marxismus“ und alles, was damit zusammenhing, leichthin abgeschüttelt hätte. Was er allerdings abgelegt hatte - darin durch eigenes Erleben be-
stärkt - war die Gewißheit, daß „die“ Geschichte doch letztlich mit einem ist. An die Stelle die-
ser Gewißheit trat die Erkenntnis, daß mit diesem „übergeschichtlichen“ Verständnis eine Pseudo-
sicherheit verbunden war, die fatale Wirkungen gehabt hatte. Schon 1946 in seiner an SPD wie
KPD gerichteten Kritik wies er darauf hin, daß Marx betont habe, daß der Sozialismus „notwen-
dig herbeigeführt werden müsse“ (SaG 1947) und nicht in einer Art selbsttätigem Automatis-
mus als nächste Entwicklungsstufe bevorstehe.

Vor diesem Hintergrund versteht man Elers Abschied von der Vorstellung, eine Partei habe auf
dem Weg einer „Zeitanalyse“ eine ihre Mitglieder jeweils bindende Geschichtsdeutung program-
matisch zu fixieren: „Eine Partei hat die Aufgabe darzulegen, was sie will, warum sie es will und
wie sie ihre Ziele durchzusetzen gedenkt. Das ist die Aufgabe eines Parteiprogramms“ (Eler, An
der Schwelle zum zweiten Jahrhundert, 1963).

Elers Fähigkeit, die Wirklichkeit zu erkennen und daraus die für die Partei - der er lebenslang
diente, ohne in ihr je einen Selbstzweck zu sehen - notwendigen Schlüsse zu ziehen, sein Mut,
auch Unpopuläres auszusprechen, und seine Wahrheitsliebe wie sein Eintreten für Freiheit und
Gerechtigkeit, all dies machte ihn zu einem Politiker, dessen Glaubwürdigkeit politische Gegner
von Adenauer über Kiesinger bis hin zu Strauß auch dann Respekt zollten, wenn er mit ihnen in
der Sache heftig stritt.

Zwar wird man bei Eler und anderen aus der illegalen Arbeit wohl kaum von einer „übersprun-
genen Generation“ sprechen können; dennoch hätte es der zweiten deutschen Demokratie nur
genützt, wenn die „Erfahrungsgruppe“ der Illegalen durch Eler nicht nur in der Führung der
Partei, sondern auch in der des Staates repräsentiert worden wäre. Eler starb im Winter 1967,
als seine Partei zum ersten Mal seit 36 Jahren wieder auf nationaler Ebene mitzureden begonnen
hatte.

(-/20.2.1987/vo-he/st)

* * *



Trauriger Schlußpunkt eines Dauerbrenners

Änderung des Ladenschlußgesetzes bringt Schaden für viele

Von Hans Urbaniak MdB

Die bei den Koalitionsverhandlungen getroffene Entscheidung, das Ladenschlußgesetz zu ändern, darf als trauriger Schlußpunkt eines publizistischen Dauerbrenners gewertet werden. Erklärte die Bundesregierung noch am 24. April 1985, sie beabsichtige nicht, das Ladenschlußgesetz zu ändern, so wurde mit den jetzigen Koalitionsvereinbarungen erneut der Beweis erbracht, daß diese Bundesregierung zutiefst familienfeindlich ist. Die Änderung dieses Gesetzes wird dazu führen, daß aus Vollbeschäftigungsverhältnissen Teilzeitarbeit werden wird, was wiederum bedeutet, daß die betroffenen Arbeitnehmer aus der Versicherungspflicht herausfallen. Die daraus resultierenden sozialen Folgen, die bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Rentenansprüchen entstehen werden, dürften jedem klar sein.

Offensichtlich läßt sich die Bundesregierung keine Möglichkeit entgehen, Gewerkschaften und Arbeitnehmer zu provozieren. Das bisher geltende Ladenschlußgesetz war ein Kompromiß zwischen unterschiedlichen Interessen, der jetzt seit den 50er Jahren mit Erfolg durchgeführt wurde. Hier wird wieder einmal Bewährtes ohne Not und gegen den Willen aller Betroffenen verändert. Die Vorteile dieses Gesetzes sind nirgendwo erkennbar, dafür sind die Nachteile um so deutlicher. Umfragen bei Gewerkschaften haben immer wieder bestätigt, daß die Beschäftigten abends nicht länger arbeiten wollen. Wer das für unverständlich hält, dokumentiert damit nur seine Distanz zur Arbeitswelt. Aber nicht nur die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer haben eine Änderung dieses Gesetzes bisher abgelehnt. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e.V. hat sich schon im September 1985 gegen eine Änderung des geltenden Gesetzes ausgesprochen.

Nach ihrer Meinung bestehen grundsätzlich Zweifel an der Notwendigkeit eines solchen Vorhabens, da das geltende Ladenschlußgesetz genügend Möglichkeiten bietet, für Bahnhöfe und Flughäfen den Verkauf zum Beispiel von Reisebedarf außerhalb der üblichen Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Aber nicht nur der Einzelhandel meldet berechtigte Bedenken an, auch die Geschäftsleitung des Kaufhauses Horten in Essen hält die jetzt übliche Regelung für beibehaltenswert.

Die Änderung des Ladenschlußgesetzes hat aber nicht nur einen familienfeindlichen Aspekt. Eine solche Gesetzesänderung wird mit erheblichen Mehrkosten für die Betroffenen verbunden sein. So muß der öffentliche Nahverkehr aufgefordert werden, mehr Fahrzeuge einzusetzen zu Zeiten, wo sonst keine Busse und Bahnen mehr verkehren würden. Die Energiekosten werden drastisch in die Höhe steigen, weil Licht und Heizung bis in die späten Abendstunden in Betrieb bleiben müssen. Das aber bedeutet wiederum eine Verzerrung des Wettbewerbes, weil aus organisatorischen, technischen und finanziellen Gründen in der Hauptsache Großbetriebe diese Notwendigkeiten finanzieren können. Sogenannte „Tante-Emma-Läden“ sind damit dem Untergang geweiht und werden eine neue Pleitewelle von kleinen Familienbetrieben verursachen.

Diese Bundesregierung kann sich darauf verlassen, daß die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften versuchen wird, dieses Gesetz zu verhindern. (-/20.2.1987/vo-he/st)

* * *



Dauerbrenner Fettsteuer macht erneut Ärger

Es gibt kein gutes Argument für die Fettsteuer

Von Dr. Anke Martiny MdB

Verbrauchspolitische Sprecherin der SPD und
Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Nach der Devise „Viel Feind, viel Ehr“ scheinen die Agrarvorschläge der EG-Kommission formuliert zu sein, denn sie finden ein fast ausschließlich negatives Echo. Ein besonders umstrittenes Element dieser Vorschläge ist der Dauerbrenner Fettsteuer, der offenbar immer dann aufs Tapet kommt, wenn die Kommission sich gar nicht anders zu helfen weiß.

Diese umstrittene Steuer, die vom 1. Juli an auf alle pflanzlichen Öle und Fette erhoben werden soll, bringt Mehreinnahmen in Milliardenhöhe; interne Berechnungen ergeben für den gemeinsamen Agrarfonds rund 4,23 Milliarden DM. Dieses Geld ist für den sanierungsbedürftigen Agrarfond natürlich ein positiver Effekt, aber das ist auch das einzig positive; denn die Fettsteuer ist unter allen sonstigen Aspekten ein abenteuerliches Experiment. Vier komplexe Begründungen sprechen dagegen:

1. **Soziale Gründe:** Die Margarine würde sich um etwa 20 Prozent verteuern, und dies beträfe in erster Linie die billigsten Margarinen und jene Konsumentengruppen, deren Einkommen so bescheiden ist, daß sie auf die billigsten Fette angewiesen sind. Sozialhilfeempfänger bei uns und die Konsumenten Portugals wären Hauptbetroffene, also eine zutiefst unsoziale Maßnahme. – Unter den Landwirten wären vor allem zwei Gruppen in sozial unverantwortlicher Weise betroffen: Die Produzenten pflanzlicher Fette (Raps bei uns, Olivenöl in den südeuropäischen Staaten), denen vorgegaukelt würde, hier wäre ein Feld für sinnvolle agrarische Produktion. Während doch die Subventionen für Raps heute schon doppelt so hoch sind wie der Erlös der Bauern, und während die eingelagerten Tonnen Olivenöl von 60.000 Tonnen 1985 auf 260.000 Tonnen 1986 angewachsen sind! Außerdem unterbliebe aber durch die Bevorzugung der tierischen Fette die längst überfällige Sanierung des EG-Milchmarktes, das heißt, den Milchbauern würde noch eine Weile länger vorgegaukelt, mit der Devise „Weiter so!“ könnten sie überleben.
2. **Gründe der Nord-Süd-Balance in der Europäischen Gemeinschaft:** Auf den ersten Blick scheint die Fettsteuer den Export von Olivenöl zu fördern, da die Wettbewerbsfähigkeit europäischen Olivenöls gegenüber außereuropäischem Sojaöl ansteigen würde. Vergegenwärtigt man sich aber die Widerstände der USA gegenüber der EG gerade hinsichtlich der Produkte aus Spanien und Portugal, so erweist sich dieser angebliche Vorteil als massiver Nachteil: Die südeuropäischen EG-Länder kommen unter noch stärkeren Druck.
3. **Entscheidende Argumente gegen die Fettsteuer** leiten sich her aus dem schwierigen Verhältnis der EG zu den USA. Die Auswirkungen auf protektionistische Tendenzen der Vereinigten Staaten sind unabsehbar. Die Position der EG im Hinblick auf die anlaufenden GATT-Verhandlungen verschlechtert sich erneut. Mag man die Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in der Fette verarbeitenden Industrie innerhalb Europas noch gering veranschlagen, so ist der Rückschlag auf Arbeitsplätze in der Industrie bei sich verschärfendem Handelskrieg zwischen der EG und den Vereinigten Staaten überhaupt unausdenkbar. Wie wollten die Deutschen aushalten, wenn der Autoexport von Mercedes, BMW und Volkswagen wegen eingeführter Fettsteuer zurückginge?
4. **Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern** sprechen weitere Gründe gegen die Einführung der Fettsteuer. Die GATT-Verhandlungen würden zu Lasten der EG und zugunsten der Entwicklungsländer vorprogrammiert. Den Vereinbarungen des Wirtschaftsgipfels in Punta del Este, keine weiteren protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen, wäre zuwidergehandelt. Die Abschottung billiger pflanzlicher Fette aus den Entwicklungsländern würde deren Möglichkeiten, sich am Welthandel zu beteiligen, die Verschuldensproblematik zu mildern, in ihren Ländern Arbeitsplätze zu schaffen, erneut in schwerster Weise beeinträchtigen. Zudem hätte diese Maßnahme den ebenfalls negativen Gegeneffekt, daß bei uns nachwachsende Rohstoffe zu praktisch beliebigen Preisen produziert und im EG-Markt untergebracht werden könnten: Ein unabsehbares Finanzierungsloch für den Bundeshaushalt.

Wie man es auch dreht und wendet: Es gibt kein gutes Argument für die Fettsteuer, sie sollte ein für allemal im Orkus verschwinden. (./20.2.1987/vo-he/st)

* * *



Ein Trauerspiel mit gefährlichen Konsequenzen

Investitionen des Bundes rückläufig (Teil II)

Von Helmut Wieczorek MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

5. Im Jahre 1986 nahm der Bundesfinanzminister bei den Beratungen zum Haushalt 1987 die Investitionen von Bahn und Post zur Hilfe, um sich aus der Schlinge zu ziehen (Plenarprotokoll 10/227 vom 9.9.1986):

„Wenn sie diese Gesamtleistung des Bundes für Investitionen - Etat, Bahn und Post - zusammen nehmen, dann muß ich feststellen, daß es falsch ist, wenn die Sozialdemokraten immer wieder behaupten, die Investitionen oder die Investitionsquote des Bundes sei abgesunken. Diese Behauptung ist unzutreffend“.

Und wie plump er seinen faulen Trick zu verkaufen sucht, geht daraus hervor, daß er nur kurz später in derselben Rede im Deutschen Bundestag ausführte: „Während also die SPD ihre entfesselte Schuldenpolitik mit der Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen des Bundes begründete, ging in ihrer Regierungszeit die Investitionsquote des Bundeshaushalts von 17 auf 13 Prozent zurück“. Hierbei hat er „selbstverständlich“ Bahn und Post nicht erwähnt. Aber damit nicht genug.

6. Anfang 1987, nach Abschluß des Bundeshaushalts 1986, bei dem der Bund wieder 1,7 Milliarden DM weniger investiert hat, als im Haushaltsplan vorgesehen war, läßt der Bundesfinanzminister dieses Ergebnis mit der Feststellung rechtfertigen, daß die Minderausgaben insbesondere bei den Positionen Gewährleistungen, BAföG- und Entwicklungshilfedarlehen zustande gekommen sind und „sich aus den Minderausgaben im investiven Bereich des Bundeshaushalts 1986 weder für die Beschäftigung noch für das Wachstum der Wirtschaft negative Auswirkungen ergeben haben“ (BT.-Drs. 10/6817 vom 30.1.1987).

Allerdings ändert diese Aussage nichts an der Tatsache der rückläufigen Investitionen des Bundes; auch ohne Gewährleistungen, BAföG- und Entwicklungshilfedarlehen gingen die Investitionen zurück: 1983: 21,5 Milliarden DM; 1984: 24,5 Milliarden DM; 1985: 24,1 Milliarden DM; 1986: 23,9 Milliarden DM.

Meine Nachfrage, welche Investitionen des Bundes die Bundesregierung denn nun wirklich für Beschäftigung und Wachstum förderlich hält, wurde dann mit der Antwort beschieden: „Die Bundesregierung hält es weder für sinnvoll noch für zweckmäßig, die investiven Ausgaben des Bundes nach ihren Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum in feste Kategorien einzuteilen“ (Antwort des BMF vom 5.2.1987). So einfach ist das.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten:

Die Bundesregierung weiß um die Bedeutung der öffentlichen Investitionen, auch der des Bundes für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung. Deshalb ist eine Verstärkung und Verstetigung der öffentlichen Investitionen notwendig. Die Bundesregierung und ihr Bundesfinanzminister handeln jedoch anders als sie versprechen. Stellt sich dann am Jahresende heraus, daß die Investitionen statt anzuwachsen zurückgegangen sind, wird der Rückgang verharmlost, zu Rechenricks gegriffen und so getan, als ob die Bedeutung der Investitionen des Bundes für Beschäftigung und Wachstum nicht bestimmbar sei.

Das ist die Politik dieser Bundesregierung: Erst Versprechungen machen, wenn diese nicht gehalten werden in Ausreden flüchten und dann wieder neue Versprechungen machen: ein leichtfertiger Umgang mit wichtigen Zukunftsausgaben des Bundes.



Investive Ausgaben der öffentlichen Haushalte seit 1982

Jahr	insgesamt Mrd DM	in vH der Gesamtausgaben	davon Bund Mrd DM	in vH der Bundesausgaben
1982	92,3	16,4	32,0	13,1
1983	88,5	15,5	31,3	12,7
1984	90,2	15,5	33,6	13,3
1985	91,3	15,1	33,4	13,0
1986	95 1/2	15,1	32,8	12,5

1986 für den öffentlichen Gesamthaushalt laut Schätzung BMF

Investitionslücke des Bundes laut Dr. Stoltenberg

Jahr	Ausgaben	Investitionen - in Mrd DM -	Investitionen in vH Ausga- ben	Investitionen bei gleicher Quote wie 1971	Investitionen lücke laut Stoltenberg
1971	98,5	13,1	13,4	18,1	0
1983	250,5	32,8	13,1	46,1	- 13
1986	261,5	32,8	12,5	48,1	- 15 1/2
1990	295,0	35,0	11,9	54,3	- 19 1/2

die Zahlen für 1983 beziehen sich auf den letzten von der sozialliberalen Koalition vorgelegten Haushaltsentwurf 1983. (-/20.2.1987/st/fr)

* * *

